

Mitteilungen aus dem Vorstand Dezember 2013

Beschlüsse der Mitgliederversammlungen vom 3. Dezember 2013

Die Mitgliederversammlung verabschiedete im Haus des Bielerseeweins in Twann einstimmig das Tätigkeitsprogramm und das Budget 2014.

Sie gab zudem einen Betrag von 42'000 Franken für die Bildung eines regionalen Ersatzmassnahmenpools für ökologische Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen frei. Mit dem Pool soll für ökologische Ersatzmassnahmen, zu welchen die Bauherren einzelner Vorhaben gesetzlich verpflichtet sind (z.B. Infrastrukturen, Kiesgruben, grosse Überbauungen, ...), ein Angebot bereitgestellt werden, welche ökologisch sinnvoll ist, kein wertvolles Kulturland beansprucht und auf die regionalen Ziele der Siedlungs- und Landschaftsentwicklung ausgerichtet ist. In einem ersten Schritt werden die rechtlichen, verfahrensmässigen und finanziellen Fragen geklärt und eine Trägerschaft gebildet.

Präsident Bernhard Bachmann verabschiedete den aus dem Vorstand ausscheidenden Stadtpräsidenten von Nidau, Adrian Kneubühler, und dankte ihm für sein grosses Engagement zugunsten der Region. Statutengemäss wird Nidau ab 2014 mit der Stadtpräsidentin Sandra Hess im Vorstand vertreten sein.

Feriendorf im Gemüsegarten Seeland

Anlässlich der Mitgliederversammlung informierte Projektleiter Camille Kuntz über den Stand des Projektes „Feriendorf im Gemüsegarten“. Die Machbarkeitsstudie sieht vor, am Standort Inforama in Ins 300 Betten für Feriengäste zu erstellen. Mit dem Inforama können Synergien hinsichtlich Gastronomie und Beherbergung genutzt werden. Die Investitionen (14 Mio Franken) sollen mit einem Sanierungsbeitrag des Kantons (Eigentümer des Inforamas), Eigenmitteln (Sponsoring) und Bankkrediten finanziert werden.

In der anschliessenden Diskussion wurden verschiedene Fragen zu den Kosten und zur Finanzierung aufgeworfen. Ebenfalls zeigte sich, dass das Projekt bei der Standortgemeinde Ins noch Fragen aufwirft – namentlich die Beanspruchung von Kulturland gab zu reden.

Die Versammlung gab der Projektleitung grünes Licht, die weiteren Abklärungen vorzunehmen. Sie erachtet es als prioritär, das Projekt zunächst bei der Gemeinde Ins zu kon-

solidieren und in einem weiteren Schritt die Finanzierungsfragen mit dem Kanton zu klären.

Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura

An der Volksabstimmung vom 24. November hat sich die Bevölkerung des Berner Jura klar für den Verbleib beim Kanton Bern ausgesprochen. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, um die Bildung der Regionalkonferenz Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura wieder auf die Traktanden zu setzen. Die Vorstände der Conférence des Maires und von seeland.biel/bienne werden dem Regierungsrat beantragen, am 28. September 2014 eine Volksabstimmung durchzuführen. Sie stützen sich dabei auf eine Umfrage bei den Gemeinden, welche sich im Frühjahr 2012 bereits mit grossem Mehr für die Volksabstimmung ausgesprochen hatten.

Mit der Regionalkonferenz werden die verschiedenen regionalen Organisationen des Seelandes und des Berner Juras unter einem Dach vereint. Die Regionalkonferenz ist auch für die Umsetzung des neuen Kulturförderungsgesetzes notwendig – falls sie nicht zustande kommt, müsste ab 2015 ein zusätzlicher Gemeindeverband gebildet werden.

Der Regierungsrat wird im Frühjahr 2014 über die Durchführung der Volksabstimmung entscheiden. Massgebend wird dabei sein, wie die der Grosse Rat Anfang 2014 über parlamentarische Vorstösse befinden wird, welche anstelle einer grossen Regionalkonferenz je eine Konferenz für das Seeland und den Berner Jura verlangen.

Projekt Seniorenzentrum Orpund

Der Vorstand hat die Anfrage für ein Seniorenzentrum in Orpund mit 60 Pflegeplätzen positiv beantwortet: Die Regionale Angebotsplanung für Alters- und Pflegeheimbetten weist für die Agglomeration Biel einen Fehlbestand von 100 Betten aus. Der Bedarf für zusätzliche Angebote, insbesondere auf der Achse Orpund-Meinisberg, ist unbestritten. Der zentrale Standort im Ortskern von Orpund wird als ideal erachtet. Der Vorstand bestätigt damit seine Beurteilung des Vorläuferprojektes, welches inzwischen aufgegeben wurde.

Die positive Beurteilung durch die Region ist eine Voraussetzung für die Bewilligung und Mitfinanzierung der Pflegeplätze durch den Kanton.

Auskunft erteilt:

Ruedi Hartmann, Geschäftsleiter